

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, FDP/JF (Ingrid Kissling, SP/Claudine Esseiva, FDP): Die mit einer engeren Zusammenarbeit/Fusion verbundenen Chancen für eine digitale Verwaltung sind im Raum Bern zu nutzen; Fristverlängerung

Das Interfraktionelle Postulat wurde mit SRB 2022-25 vom 27. Januar 2022 vom Stadtrat erheblich erklärt.

Die [Machbarkeitsstudie «Kooperation Bern»](#) weist aus, dass die Agglomeration Bern heute noch gut aufgestellt ist, sich der Standortwettbewerb national und international jedoch weiter verschärfen wird. Die «smarte nachhaltige Stadtregion» kann nicht mehr über weitere bilaterale Kooperationen gesichert werden, sondern es braucht dafür gemeinsame Innovationen und Investitionen. Nur so kann den grossen Herausforderungen im urbanen Raum adäquat begegnet und eine Stärkung des Standorts Bern erreicht werden.

Die Chancen einer Fusion sind durch die Mitbestimmung in funktionalen Räumen gegeben, neue Aufgaben wie die Digitalisierung oder Aufgaben im Sozial- und Integrationsbereich, in der Raumplanung können zudem gemeinsam besser koordiniert und gelöst werden. Hinzu kommt, dass die Stadtregion als Wirtschafts- und Wohnstandort massgeblich gestärkt wird.

Wie schnell die einzelnen Gemeinden sich für diese zukunftsweisende Lösung aussprechen, ist im Moment offen. Mit der Corona-Krise sind die Gemeinden grundsätzlich stark gefordert. Die Informations- und Partizipationsveranstaltungen in den potentiellen Fusionsgemeinden wurden auf das zweite halbe Jahre verschoben und es ist noch offen, wie rasch die Prozesse vorangetrieben werden können. Vielleicht hilft das verlangsamte Tempo aber auch für eine breitere Abstützung des Prozesses.

Im Rahmen des Fusionsprozesses sind eine Vielzahl von Fragen wie z.B. die politischen Strukturen, die Abstimmungen in sachpolitischen Geschäften aber auch personalpolitische wie auch steuerrechtliche Fragen, um ein paar wenige zu nennen, zu klären.

Mit einem Fusionsprozess verbindet sich auf jeden Fall eine Zusammenführung von Verwaltungen. Schweizer Verwaltungen sind bezogen den Digitalisierungsreifegrad weniger fortgeschritten und nicht an als Vorreiter unterwegs¹. Die Neuformierung der Stadtregion bietet jedoch die Möglichkeit, die Verwaltung digital neu aufzustellen, wie wichtig das ist, wurde der Bevölkerung und der Verwaltung in den vergangenen Wochen klar. Wir würden es begrüssen, wenn die Krise hier als Chance genutzt wird.

Der Gemeinderat wird demzufolge aufgefordert zu prüfen,

1. wie er den Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung modernisieren bzw. im Sinne der digitalen Verwaltung und von e-democracy/citizen-science interaktiver für die fusionierten Räume gestalten kann
2. Wie er mit dem Zusammenschluss von Verwaltungen Prozesse digital neu denken und aufgleisen kann.

¹ Dazu auch der Egovernment Monitor 2019:

<https://initiated21.de/app/uploads/2019/10/egovernment-monitor-2019.pdf>, der für die deutschsprachigen Länder eine bedingte internationale Anschlussfähigkeit ausweist

3. Wie er mit dem Zusammenschluss von Verwaltungen die Organisation bzw. Struktur besser an digitale Herausforderungen anpassen kann
4. Wie er das damit verbundene Potenzial für das Neu-Aufsetzen von Dienstleistungen der öffentlichen Hand nutzen kann.
5. Wie er das Gelegenheitsfenster einer Fusion nutzen will, um die Verwaltung grundsätzlich digital zu modernisieren.
6. ob dafür nicht eine digitale Strategie und Roadmap für die fusionierten Räume notwendig wird.

Bern, 14. Mai 2020

Erstunterzeichnende: Claudine Esseiva, Ingrid Kissling-Näf
Mitunterzeichnende

Bericht des Gemeinderats

«Einfach für alle» ist das Leitmotiv der neuen Digitalstrategie der Stadt Bern. Die Stadt Bern nutzt das Potential der digitalen Technologien für die bevölkerungsnah Entwicklung der Dienstleistungen, inklusiven Zugang, mehr Service und Ressourceneffizienz. Mit dem künftigen Bevölkerungsportal (als Teil der Portalstrategie) sollen die öffentlichen Dienstleistungen auf einer einzigen digitalen Plattform gebündelt werden. Weitere Elemente sind ein neuer Webauftritt und neue Serviceformate für Menschen, die keinen digitalen Zugang haben.

Die erforderlichen Mittel sind in der Investitionsplanung eingestellt, das Programmteam hat die Arbeit aufgenommen und die Hausaufgaben – z.B. zur Harmonisierung der Prozesse und Daten für einen vorbildhaften Datenschutz – sind in Arbeit. Der Projektierungskredit für das «BernPortal» soll im 3. Quartal 2023 dem Stadtrat vorgelegt werden.

Weiter wurde die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton intensiviert, um zentrale Fragen im Bereich der Identifikation und des Zugangs gemeinsam zu beantworten. Mit der neuen öffentlich-rechtlichen E-ID des Bundes und der damit verbundenen umfassenden Sicherheitsinfrastruktur ergeben sich für das Bevölkerungsportal attraktive Chancen.

Die Fusion mit der Gemeinde Ostermundigen wird hierzu weitere Impulse geben. Dies auch vor dem Hintergrund, dass – wie bei «Fragen & Antworten» auf der offiziellen Projektseite www.ostermundigen-bern.ch festgehalten – «Ostermundigen seine Erfahrungen mit kurzen Entscheidungswegen und agilen Abläufen in die städtische Verwaltung einbringen kann». Die konkrete Umsetzungsplanung ist jedoch erst nach der Volksabstimmung möglich.

Die Volksabstimmung zur Fusionsvorlage findet am 22. Oktober 2023 statt, die Inkraftsetzung ist für den 1. Januar 2025 vorgesehen. Anschliessend folgt eine längere Integrationsphase. Aus diesem Grund wird eine Fristverlängerung bis 30. September 2025 beantragt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, FDP/JF (Ingrid Kissling, SP/Claudine Esseiva, FDP): Die mit einer engeren Zusammenarbeit/Fusion verbundenen Chancen für eine digitale Verwaltung sind im Raum Bern zu nutzen; Fristverlängerung

2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erstellung des Prüfungsberichts bis 30. September 2025 zu.

Bern, 25. Januar 2023

Der Gemeinderat

